

Für eilige Leser

am Sonnabend morgen.

Die deutsche Regierung hat dem amerikanischen Botschafter in Berlin die Erwiderung auf die englische „Baralong“-Note zur Übermittlung an die englische Regierung übergeben.

An der beharabischen Front wurden bei Toporow und Baranice fünf große Angriffe der Russen unter den schwersten Verlusten der Angreifer abgelenkt.

Seit Beginn der Schlacht in Ohajaljen und an der beharabischen Front wurden über 5100 Russen, darunter 30 Offiziere und Fahnen, als Gefangene eingebracht.

Die Montenegriner haben unter Preisgabe ihrer Hauptstadt auf allen Punkten ihrer Süd- und Westfront den Rückzug angetreten.

Bei Orasowo fielen drei montenegrinische Geschütze samt Bedienung, 500 Gewehre, viel Munition und anderes Kriegsgut in die Hand der R. und S. Truppen.

Die griechische Regierung hat gegen die Besetzung der Insel Korfu durch die Franzosen unter Berufung auf den Vertrag von 1873 Einspruch erhoben.

Der König von Italien empfing am Donnerstag den beinahe gleichzeitigen Besuch des russischen, des englischen und des französischen Botschafters.

Die gesamten Vorzeichnungen auf die französische „Siegeausleihe“ belaufen sich nach einem amtlichen Berichte auf 6988 Millionen Franken.

Die Abhaltung der Generalversammlung des Bundes der Landwirte ist auch in diesem Jahre nicht gealtert worden.

Weiteransage der amtl. fäch. Landesweiterwart: Weist trüb, kälter, zeitweise Niederschläge.

Erreichtmacht erhobenen Beschuldigungen von den eigenen unabhängigen Behörden untersucht werden müssen, und daß diese jede Gewähr für eine unparteiische Beurteilung und gegebenenfalls auch für eine gerechte Bestrafung bieten. Ein anderes Verlangen hat sie auch gegenüber der Britischen Regierung in dem „Baralong“-Fall nicht gestellt, wie sie denn keinen Augenblick zweifelt, daß ein aus britischen Seesoffizieren zusammengesetztes Kriegsgericht den feigen und heimtückischen Mord ab während abhandeln würde. Dieses Verlangen war aber um so berechtigter, als die der Britischen Regierung vorgelegten eidlichen Auslagen amerikanischer, also neutraler Zeugen, die Schuld des Kommandanten und der Mannschaft der „Baralong“ so gut wie außer Frage stellen.

Die Art, wie die Britische Regierung die deutsche Deutschrift beantwortet hat, entspricht nach Form und Inhalt nicht dem Ernst der Sachlage und macht es der Deutschen Regierung unmöglich, weiter mit ihr in dieser Angelegenheit zu verhandeln. Die Deutsche Regierung stellt daher als Endergebnis der Verhandlungen fest, daß die Britische Regierung das berechnete Verlangen auf Untersuchung des „Baralong“-Falles unter keinen Umständen unerfüllt lassen und sich damit für das dem Völkerrecht wie der Menschlichkeit höhnsprechende Verbrechen selbst verantwortlich gemacht hat. Offenbar will sie den deutschen Unterseebooten gegenüber eine der ersten Rollen des Krieges, nämlich außer Acht gelassene Feinde zu schonen, nicht mehr innehalten, um sie so an der Führung des völkerrechtlich anerkannten Kreuzerrieges zu verhindern.

Nachdem die Britische Regierung eine Sühnung des empfindlichen Vorfalls abgelehnt hat, sieht sich die Deutsche Regierung genötigt, die Abhandlung des ungeschätzten Verbrechens selbst in die Hand zu nehmen und die der Herausforderung entsprechenden Vergeltungsmahnahmen zu treffen.

Berlin, den 10. Januar 1916.

(S. 1. B.)

Der Inhalt der deutschen Antwortnote ist ebenso würdig, klar und bestimmt, wie die Ausführungen der Londoner Note sich für jeden, eines selbständigen Urteils fähigen als würdevolle Ausdrücke erweisen. Es ist unerhört und genügt von dem bösen Gewissen der britischen Regierung, daß sie, anstatt sich auf den scharf umgrenzten, mit den blündigsten Beweisen versehenen Fall des „Baralong“-Mordes zu beschränken, völlig unbewiesene Gegenbeschuldigungen gegen Angehörige der deutschen Marine erhebt und durch die Verquickung dieser in der deutschen Note gründlich aufklärten, in keiner Weise völkerrechtlich zu beanstandenden Fälle mit dem schrecklichen „Baralong“-Morde, sowie durch den unzulässigen Vorschlag der gemeinsamen Beurteilung durch einen aus amerikanischen Marineoffizieren gebildeten Gerichtshof sich ihrer eigenen Verantwortung zu entziehen sucht. Die deutsche Note aber wagt den Fehler unerbittlich bei den Hörnern und läßt ihn nicht entweichen. Sie weist die aus der Luft gegriffenen englischen Gegenbeschuldigungen mit der vornehmen Ueberlegenheit eines wahrhaft zivilisierten Gegners nachdrücklich zurück, erklärt die Untersuchung durch einen amerikanischen Gerichtshof für unannehmbar und stellt unzweifelhaft fest, daß es sich in dem „Baralong“-Falle um einen „feigen und heimtückischen Mord“ handelt. Die ritterliche Gesinnung, von der die deutsche Note beherzt ist, erhebt aus der standesgemäß der Ueberzeugung, daß ein britisches Kriegsgericht nicht zögern würde, ein solches Verbrechen gebührend zu ahnden. Die Folgerungen, welche die deutsche Note aus dem Verhalten der Londoner Regierung zieht, sind für England moralisch vernichtend. Form und Inhalt der Note werden gleichmäßig als nicht dem Ernste der Sachlage entsprechend verurteilt, die Unmöglichkeit weiterer Verhandlungen festgesetzt, die Verantwortlichkeit der britischen Regierung für das schreckliche Verbrechen scharf unterstrichen und entsprechende Vergeltungsmahregeln angekündigt. Nun mag die Gerechtigkeit ihren Lauf nehmen! Wie sagte doch neulich ein italienisches Blatt? „Das Auge Englands ist für immer vernichtet!“ Dazu hat auch der „Baralong“-Mord sein voll gerüttelt und geschüttelt Maß beigetragen.

Griechischer Protest gegen die Besetzung von Korfu.

Der Botschafter des „Corriere della Sera“ drahtet aus Athen: Die griechische Regierung erklärt, daß die Aufschiffung französischer Truppen auf Korfu ohne ihr Wissen geschehen sei. Die griechische Regierung habe protestiert unter Berufung auf den Vertrag von 1877, durch den die Ionischen Inseln an Griechenland abgetreten seien und die Neutralität der Insel Korfu sanktioniert wurde. In ministeriellen Kreisen glaube man, daß die Regierung trotz des Protestes den Gewaltakt über sich ergehen lassen müsse, ohne jedoch ihre Politik zu ändern oder aus der Neutralität herauszugeben. Man glaube, daß die Aufschiffung französischer Truppen bereits begonnen habe. (S. 1. B.)

Erbitterung gegen den Bierverband im griechischen Offizierkorps.

Die Wiener „Mittagszeitung“ meldet aus Athen: Starke Erbitterung gegen den Bierverband durch das Offizierkorps. Eine Reihe der am Mitteln Verhafteten gehört als Reserveoffiziere der hellenischen Armee an. Ueberhaupt ist die Zahl der am Mitteln verhafteten Griechen weit größer, als ursprünglich angenommen wurde.

Staat und Militär.

Die serbischen und montenegrinischen Staatsbehörden flüchten aus Skutari. Die montenegrinische Staatsbank ist auf dem Wege nach Durazzo. — Indirekt wird aus Mailand gemeldet: Die fremden Konsulin in Skutari verlegten ihre Amtsstube nach Alessio in Albanien.

Der Unterseekrieg im Mittelmeer.

In der Schweizerischen Presse werden vom 1. bis 30. Dezember 23 italienische und 17 französische Dampfer als im Mittelmeer überfällig gemeldet.

Der „Erfolg“ der französischen „Siegeausleihe“.

Der französische Finanzminister Ribot brachte in der Kammer einen Gesetzentwurf ein betr. die Eröffnung eines Kredits zur Bezahlung der rückständigen Zinsen des 1. Quartals der neuen 5prozentigen Anleihe. Der Motivenbericht des Gesetzentwurfs gibt auch die endgültigen Ergebnisse der Anleihe bekannt. Danach wurden 15 1/2 Milliarden genehmigt. Das eingezahlte oder noch einzuzahlende Bar Geld beläuft sich auf 6 3/8 Milliarden. Das Ausland zeichnete eine Milliarde, wovon 600 Millionen auf England entfallen. Ein zweiter von Ribot eingebrachter Gesetzentwurf verlangt die Einführung einer außerordentlichen Steuer auf die während des Krieges erzielten besonderen Gewinne. (S. 1. B.)

Eine Rede des französischen Senatspräsidenten.

Bei Uebernahme der Präsidentschaft im Senat sagte Dubok von abgelaufenen Jahre, daß es die Folgen Hoffnungen der Franzosen zu verwirklichen. Es habe gelebt, wie eitel gefährliche Worte sind, und daß allein die energigsten Entschlüsse Wert haben. Möge jeder Franzose jeden Gedanken von sich weisen, der nicht derjenige des Vaterlandes ist. Ein einziges Herz, ein einziger Wille, eine einzige Leistung für das einzige Ziel, den Triumph Frankreichs. Wenn es keine Ausdrücke gibt, um dem Lande in würdiger Weise für das vollkommene Opfer zu danken, das die Jahrhundertie jemals auf dem Altar des Vaterlandes dargebracht haben, so gibt es auch keine Ausdrücke, um diejenigen zu feiern, welche in die Adern des Landes das Gift des Zweifels einflößen. Wenn solche Stimmen je aufstehen sollten, so möge der Feind wissen, daß sie im voraus von Frankreich verurteilt werden, daß nicht den Frieden, sondern den Sieg erwarte. (Mitteltiger Beifall.) (S. 1. B.)

Verhaftung eines türkischen Botschaftsbeamten in Paris. Der türkische Beamte Salih-Vel, dessen Obhut das Archiv der türkischen Botschaft in Paris anvertraut war, wurde am Donnerstag samt Gattin und Tochter verhaftet. Die Verhaftung wird als Vergeltungsmahregel bezeichnet. (S. 1. B.)

Streitigkeiten im Bierverband.

Ein Leitartikel des „Corriere della Sera“ verteidigt die Haltung der italienischen Regierung hinsichtlich Montenegro gegen „Times“ und „Tempo“, sowie gegen einige italienische Blätter. Der Artikel erweckt den Anschein, daß die Entente für Montenegro italienische Truppen verlangt habe, was Italien nicht bewilligte. „Corriere della Sera“ erklärt, daß er der italienischen Regierung an dem Tage das Vertrauen entziehen müsse, an dem er die Ueberzeugung gewänne, die Regierung wolle den Krieg auf die Front Stiffer Joch-Monfalcone beschränken, weil alsdann die Regierung über ihre Aufgabe eine irrtümliche Auffassung haben würde. Italienische Blätter sollten sich aber hüten, durch ihre Kritiken der ausländischen Presse Nachhilfe zu geben. In der Presse der Verbündeten Italiens bestehe leider die Tendenz, Italien mit einer gewissen Leichtfertigkeit zuzumuten, hier oder dort zu intervenieren. Wenn dann Italien nicht darauf eingehe, so höre man häufig Klagen, Italien wolle Blut- und Energieopfer sparen. Es gehöre ein gut Teil Naivität dazu, zu glauben, daß Truppen, die nicht unmittelbar am Kampfe beteiligt seien, anderswohin geschickt werden könnten. Solche Truppen gebe es übrigens in Frankreich und Rußland genug, besonders aber in Frankreich, wo hunderttausende Engländer hinter der Front lägen. (S. 1. B.)

Die fremden Botschafter in Rom beim König von Italien. Die „Corriere della Sera“ meldet, daß der König von Italien am Donnerstag nachmittag den beinahe gleichzeitigen Besuch des russischen, englischen und französischen Botschafters empfing. (S. 1. B.)

Grauenhafte italienische Gewalttätigkeiten.

Aus dem L. u. L. Kriegspressquartier wird gemeldet: Grauenhaft empörend lauten die Berichte über die Gewalttätigkeiten, deren sich die Italiener in den „erlösten“ Gebieten schuldig machen. Die Erschießung wehrloser Zivilpersonen beiderlei Geschlechts ohne vorhergehende Untersuchung, die vielfach auf Grund von Proskriptionslisten der Solomage verhängt werden, ist eine regelmäßig erscheinende Erscheinung. Aus der langen Reihe dieser Justifikationen und anderen Grausamkeiten seien folgende besonders traurige Fälle hervorgehoben: Der Warrer von Monfalcone, Kren, ein Furlaner von Geburt, wurde verhaftet, unter dem Kirchendach ein Geheimtelefon benutzt zu haben, und als Spion erschossen. Vorher war der Priester von Soldaten auf einen Höl gefesselt worden und so lange auf dem Sträßenplatze herumgelaugt worden, bis er ohnmächtig wurde. Abseits ist weiter die Hinrichtung von sieben Einwohnern von Billese. Diese Mörder wurden beschuldigt, eine Reiterkretschmache niedergeworfen zu haben. Ohne gerichtliches Verfahren, ja, ohne überhaupt die Verduldigung zu prüfen, ließ ein italienischer Hauptmann die sieben Männer erschießen. Einer unglücklichen Frau, der man den Gatten und Sohn hingerichtet hatte, wurde es verboten, Trauer anzulegen. Dies durfte sie krit tun, als sich die Schuldlosigkeit aller sieben Erschossenen herausgestellt hatte. Die Dalklosigkeit der Beschuldigung acht schon daraus hervor, daß die Bevölkerung sofort nach dem Einmarsch der Italiener entworfen worden war, wobei ihr sogar die Messer abgenommen wurden. Diefem schrecklichen Verbrechen schließt sich die jetzt bekannt gewordene Massakrierung einer österreichisch-ungarischen Patrouille an. Ende Juni kreuzte nachts eine zehn Mann starke österreichisch-ungarische Infanterie-Patrouille am Plateau zwischen Monfalcone und Sagrado gegen die italienische Front. Dort traf sie mit einer weitläufigeren italienischen Patrouille zusammen. Nach kurzer Zeit gegenfettiger Beschickung umringelte die feindliche Patrouille die unferne, die, da sie bedeutend schwächer war, sich ergeben mußte. Nachdem unsere Patrouille entwaffnet worden war, wurde die Mannschaft in graueramer Weise durch die Italiener massakriert, indem sie den Soldaten mit dem Messer die Bäuche aufschlitzten und dann alle in diesem Zustande liegen ließen. (S. 1. B.)

Kämpfe zwischen Italienern und Albanern.

Schweizerische Blätter melden: In Albanien dauern die Kämpfe zwischen einzelnen Stämmen und den Italienern fort. Im italienischen Hafen Bari wurden in letzter Woche über 3000 verwundete Italiener aus Albanien eingebracht.

Die Salzung des Vatikans.

„Corriere della Sera“ hebt hervor, daß man sich bei den letzten Auseinandersetzungen gefragt habe, wie der Heilige Stuhl über zwei Punkte denke: über die Teilnahme des Papstes an der künftigen Friedenskonferenz und über seine Absicht, bei dieser Gelegenheit die römische Frage zu lösen. Zum ersten Punkte sagt „Corriere della Sera“: Der Heilige Stuhl hat bis heute keinen Schritt dazu getan, um eine Einladung zur Teilnahme an der Friedenskonferenz oder zur Uebernahme des Vortrags herbeizuführen.

Ueber die allgemeinen Ziele des Heiligen Stuhles schreibt „Corriere della Sera“, daß der Papst dahin wirken will, die Paue der Menschheit in der gegenwärtigen kritischen Zeit zu erleichtern. Die Annahme sei aber falsch, daß der Papst andere, weniger edle Ziele verfolge. (S. 1. B.)

Eine angebliche Verführung in Mailand.

Eine Funkendepesche aus Rom meldet: Die Mailänder Polizei entdeckte eine große Verführung. Es wurde eine Menge Dynamit gefunden, mit dem die nach Turin führende Eisenbahn und die Militärgebäude in Piemont in die Luft gesprengt werden sollten. Die „Gazette Triestina“ meldet hierzu: Die Verführung ist deshalb von großer Bedeutung, weil zahlreiche zur Diplomatie gehörende Personen darin verwickelt sind. Es erfolgten bereits mehrere Verhaftungen.

Deutscher Reichstag.

(Fortsetzung aus dem Vorabend-Blatt.)

Abg. Werner, (Sachsen (Wirtsch. Pa.)) fortfahrend: Teuerung haben wir, das läßt sich nicht leugnen. Aber Teuerung herrscht in allen Ländern. Der Krieg führt eben die ganze Produktion und vermindert auch den Geldwert. Die Bemühungen der Städte, sich für ihre Bevölkerung einzusetzen, wirken preissteigernd. Die Einzelanforderungen einzelner Personen sind unlosbar. In der Lederindustrie sind selbstgefällige Gewinne gemacht worden. Ueberhaupt wird auf allen Gebieten eine neue Gründerzeit vorausgesetzt. Es ist nicht nur das Geseh über die Kriegsgewinne, sondern ein Kriegswundergesetz nötig. — Abg. Fischek (Wp.): Die Ausführungen des Vorredners über die großen Städte dürfen nicht unüberprüft bleiben. Die Städte haben sich zweifellos große Verdienste um die Ernährung der Bevölkerung erworben. Die Darstellung des Schweineabschlachtens durch den Abgeordneten Schiele ist ebenfalls unrichtig. Ich bleibe dabei, daß alle Parteien den Antrag auf Abschichtung unterstützen. — Abg. Dr. Höpffe (Nf.): Rein, nicht alle Parteien sind für das Schweineabschlachten eingetreten. In der Kommission sind auch warnende Stimmen laut geworden. — Abg. Schiele: Ich habe nicht von einer vollen Mitherte gesprochen, sondern nur von Mitherten in gewissen Teilen Deutschlands. — Damit schließt die Erörterung.

Die schon früher mitgeteilten Entschickungen des Hauptauschusses werden angenommen. Ein sozialdemokratischer Antrag auf Einführung der Fleischkarte wird abgelehnt. Damit sind die Ernährungsfragen erledigt. — Es folgen die

Besprechungen von Unterstützungsfragen.

Einige Resolutionen fordern Rücknahme aus Handwerksvereinigungen, Textilarbeiter usw. Den Bericht des Ausschusses erhaltet Abg. Wolfenbühl (So.). Er empfiehlt die Resolution der Textilarbeiter, für die der Krieg keine angenehmen Zustände geschaffen habe. Für die Arbeiter muß ausreichend gesorgt werden, damit sie nicht nach dem Kriege den Schützengräben mit dem Chausseegraben zu vertauschen brauchen. Die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit der Arbeiter muß unbedingt erhalten werden. — Abg. Frl. (Centr.): Die Arbeiterverbände der Handwerksmeister müssen bei Vergütungen von Kriegsdienstleistungen in erster Linie berücksichtigt werden. Ueber die Behandlung der Handwerkskammern durch die Behörden wenig ermutigend. Die Errichtung einer Zentralvergebungsstelle würde sich empfehlen. — Abg. Schulerburg (Nf.): Die Sorge der Landsturmmänner im Felde um ihre Geschäfte dahem ist natürlich sehr groß. Fortwährend denken sie darüber nach: Wie betriebe ich mein Geschäft weiter, wie ziehe ich meine Forderungen ein, wie erhalte ich Geld. Die Resolution empfiehlt gewisse Beschleunigungen aller Zahlungen der Militärverwaltung ohne Abzug. Ich bitte um Annahme. — Abg. Vorischat (Wp.): Die Hauptverdingungsstelle hat sich gegenwärtig bemüht. Möge sie auch nach dem Kriege als Vermittlerin für Arbeit ihre Tätigkeit fortsetzen. Die Handwerksvereinigungen haben auch gut und preiswert geliefert, aber die Kreditbeschaffung ist manchmal schwierig, noch schwieriger ist ja jetzt im Krieg die Lage des Realcredits. Die Lage der Haus- und Grundbesitzer ist vielfach sehr traurig. — Abg. Brandes (So.): Die Familien sind namentlich in der ersten Zeit der Einberufung ihres Ernährers meist ohne jede Unterstützung. Durch die fortwährenden Einberufungen neuer Hunderttausender zum Heere sind viele Frauen gezwungen worden, in gewerblichen Betrieben zu arbeiten, gleichgültig, ob sie dafür passen oder nicht. Alle Bestimmungen über Frauenarbeit und Nachtarbeit werden dabei nicht beachtet. Zu der langen Arbeitszeit kommt, noch die häusliche Arbeit. — Ministerialdirektor Caspar: Ohne Zweifel verdienen die Klagen über übermäßige Arbeit der Frauen die ernste Beachtung. Von der Vorkrist des Reichskanzlers, daß von den Beschränkungen der Arbeitszeit der Frauen unter Umständen abgesehen werden kann, sollte nur mit Vorbehalt Gebrauch gemacht werden. — Abg. Stresemann (Nf.): Hinsichtlich der Frauenarbeit befinden wir uns in einer gewissen Zwangslage, weil wir auch im Kriege jene Betriebe fortführen müssen. Dasselbe gilt auch in der Landwirtschaft, wo die Frauen auch Arbeiterinnen sind, die man ihnen sonst nie zugemutet hätte. Jede Abhilfe hat auf unsere Zustimmung zu rechnen. In der Arbeitslosigkeitsfrage bin ich anderer Ansicht als Herr Brandes. Es wird sich nach dem Kriege leicht Arbeit finden. Zwei Millionen Gefangene werden Deutschland verlassen und unsere Truppen werden auch nicht gleich sämtlich zurückkehren. Es muß eine gewisse Sichtung stattfinden. Redner spricht sich für möglichste Erleichterung der Ausfuhr aus. — Abg. Schiemer (Centr.) tritt für bessere Unterstützung der notleidenden Textilarbeiter ein. — Abg. Koch (So.) hofft, daß die wohlwollenden Erklärungen für die Arbeiterinnen in Taten umgesetzt werden. Die Arbeiterorganisationen seien auch im Kriege nicht zu entbehren. — Abg. Kreth (Nf.): Ich hatte schon im Abgeordnetenhaus einen Antrag auf Entschickung der Kriegsschäden in unseren Grenzgebieten eingebracht. Jetzt soll diese Aktion aber vom Reich ausgehen gemäß Resolution 7. Ostpreußen hat schwere Schäden erlitten, aber trotzdem werden leider Vorwerke erhoben, daß die Entschickung zu hoch sei. Die Sache gehört in den preussischen Etat. — Abg. Stadthagen (So.) beschwert sich über einige Urteile der Gerichte in Streitfällen, die zu Ermittlungen von Arbeiterinnen geführt hätten. — Nach weiteren Ausführungen der Abg. Schiele und Kreth wird die Beratung geschlossen. Die Resolutionen des Ausschusses werden angenommen. — Sonnabend vorm. 10 Uhr: Beratung der Altersgrenze bei der Reichsversicherungsordnung, Besprechung der Jenseitsmaßnahmen und des Belagerungszustandes. — Schluß 7 Uhr.

Wiener Stimmen zur preussischen Thronrede.

In Besprechung der preussischen Thronrede haben die Wiener Blätter den darin zum Ausdruck gebrachten Willen zum kräftigen Durchhalten hervor. Das „Neue Wiener Tagblatt“ schreibt: Unantastbares Selbstbewußtsein diktiert die würdigen Worte, mit denen die preussischen Landboten zur Arbeit berufen wurden. Mit einer prächtigen Parade tritt der preussische Ministerpräsident den Schlagworten der Entente vom Kampfe gegen den preussischen Militarismus entgegen, indem er guttiefend und bündig sagt, was Feindschaft als Zwang ansteht, ist Freiheit auf Ordnung gebaut. Das „Wiener Fremdenblatt“ bezeichnet die Thronrede als ein leuchtendes Dokument von Zuversicht und unerschütterlicher Entschlossenheit. Mit Recht gilt der Dank des Kaisers in diesem Maße den Heiden auf dem Schlachtfelde und den Heiden in der Heimat, denn ein einziger heiliger Gedanke befeuert Deutschland, die volle Dinge für das Leben und die Sicherheit der Nation. Die „Neue Freie Presse“ sagt: Selten ist in solcher Stunde ein Schriftstück vorgelegt worden, das so viel Schwung und so viel ferner Kraft enthält, wie diese Thronrede. (S. 1. B.)